

frei.hessen



JULI 2022, 1. AUSGABE

MAGAZIN VON PARTEI UND FRAKTION DER FREIEN DEMOKRATEN HESSEN



**Angriff auf
die Freiheit**

Mit klarem Kompass in Bund und Land

SEHR GEEHRTE DAMEN UND HERREN,

ein Leben in Frieden und Freiheit ist keine Selbstverständlichkeit. Das führt uns der Krieg in der Ukraine auf fürchterliche Weise erneut vor Augen. 77 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs müssen wir in Europa erleben, wie Russlands Präsident Putin einen brutalen Angriffskrieg führt. Wir alle haben die schrecklichen Bilder aus Botscha und Mariupol vor Augen. Dieser Angriff richtet sich auch gegen unsere Grundwerte. Umso entschlossener hat Deutschland gemeinsam mit seinen Verbündeten auf diese Aggression reagiert, die eine Zeitenwende markiert. Wir haben scharfe Sanktionen gegen die politische, militärische und wirtschaftliche Elite um Russlands Präsidenten Putin verhängt. Mit einem Sondervermögen für die Bundeswehr stärken wir die Bündnis- und Verteidigungsfähigkeit. Wir schicken Waffen an die Ukraine und bilden ukrainische Soldaten bei uns aus. Und wir machen uns konsequent unabhängig von russischer Energie. Mit dem Krieg gegen die Ukraine hat Wladimir Putin genau das Gegenteil dessen erreicht, was er wollte. Deutschland, Europa und seine Partner stehen so entschlossen und geeint zusammen wie selten zuvor.

Der Krieg in der Ukraine hat hierzulande enorme Preissteigerungen angefacht, insbesondere bei Energie und Lebensmitteln. In der Bundesregierung haben wir Freie Demokraten uns deshalb für schnelle und spürbare Entlastungen für die breite Mitte der Gesellschaft eingesetzt. Wir entlasten die Bürgerinnen und Bürger unter



anderem durch die Anhebung des Grundfreibetrags bei der Einkommensteuer und der Pendlerpauschale. Studierende mit BAföG, Azubis mit Ausbildungsgeld und Wohngeldempfänger erhalten einen Heizkostenzuschuss. Und Pendlerinnen und Pendler, die öffentliche Verkehrsmittel als Alternative auf ihrem Weg zur Arbeit nutzen können, werden durch das 9-Euro-Ticket spürbar entlastet.

In Hessen richtet sich unser Fokus bereits auf die Landtagswahl im Herbst 2023. Boris Rhein ist als Nachfolger von Volker Bouffier zum neuen Ministerpräsidenten Hessens gewählt worden. Bei den hessischen Christdemokraten bricht damit eine neue Ära an. Wir Freie Demokraten konzentrieren uns weiterhin auf unsere Inhalte und schärfen unser Profil. Der Programmprozess zur Erarbeitung des Landtagswahlprogramms ist in vollem Gang. Das Ziel ist klar: Als Freie Demokraten wollen wir auch in unserem Bundesland, das über so viel Potenzial verfügt, die Weichen für eine erfolgreiche Zukunft stellen.

HERZLICHST

**BETTINA STARK-WATZINGER, MDB
LANDESVORSITZENDE**

© Tobias Koch

 facebook.com/FDPHessen/

 instagram.com/fdp_hessen/

 **Sie können frei.hessen
auch online lesen:**
fdp-hessen.de/frei-hessen

 twitter.com/fdphessen

 <https://fdp-hessen.de/>

4



© –User0115632523 / iStock / Getty Images Plus

Titelthema

4 Russlands Krieg, ein geopolitischer Erdbeben

Interview

8 Über das Bauchgefühl

Fokus

12 Digitaler Kick-off zur Landtagswahl 2023

Fokus

13 Mensch und Gesellschaft im Wandel

Reportage

14 Die Zukunftsministerin

Schwerpunkt

16 Großer Aufwand statt einfacher Lösung

Porträt

18 Politisches Vorbild und Frau der klaren Worte

Meldungen

19 Persönliches

Buchbesprechung

20 Hermann Otto Solms – Frei heraus

16



© Chainarong Prasertthai / iStock / Getty Images Plus

IMPRESSUM

HERAUSGEBER Wirtschafts- und Sozialpolitik Verlags GmbH, Adolfsallee 11, 65185 Wiesbaden, Telefon 0611 99906-14

FRAKTION DER FREIEN DEMOKRATEN IM HESSISCHEN LANDTAG Tatjana Hajmássy (V.i.S.d.P.), Schloßplatz 1–3, 65183 Wiesbaden, Telefon 0611 350-576, E-Mail: fdp@ltg.hessen.de, www.fdp-fraktion-hessen.de

FDP-LANDESVERBAND HESSEN Julian Kuhl (V.i.S.d.P.), Adolfsallee 11, 65185 Wiesbaden, Telefon 0611 99906-18, E-Mail: hessen@fdp.de, www.fdp-hessen.de

REDAKTION Oliver Stirböck, Wiebke Knell, Moritz Promny, Stefanie Heil, Tatjana Hajmássy, Julian Kuhl

Das Magazin von Partei und Fraktion der Freien Demokraten Hessen erscheint gewöhnlich zweimal im Jahr.

DRUCK AC medienhaus GmbH, Ostring 13, 65205 Wiesbaden

BILDNACHWEIS iStock | Seite 9, 11: Fraktion der Freien Demokraten im Hessischen Landtag | Seite 12: Archiv FDP Landesverband Hessen | Seite 13: Joel Barleben, 100 Marketing | Seite 15: BMBF/Hans-Joachim Rickel | Illustrationen Seite 9, 11, 20: Christina Brück

Russlands Krieg, ein geopolitischer Erdbeben

Wie Deutschland und Europa jetzt zu einem neuen Selbstverständnis finden müssen

Bild: © -User6115632523 / iStock / Getty Images Plus, Illustration: © Maria Tkach / iStock / Getty Images Plus, Personenfotografie: Laurence Chaperon, Büro Alexander Müller, MdB



Alexander Müller

Die historische „Zeitenwende“ hat gewaltige Folgen für unsere gesamtstaatliche Sicherheitsarchitektur. Auf institutioneller Ebene gilt dies für das strategische Konzept der NATO, den strategischen Kompass der EU und unsere bundeseigenen Strategiepapiere der inneren und äußeren Sicherheit. In die Praxis übersetzt, reden wir über Konsequenzen für die Ausstattung und Fähigkeiten der Bundeswehr, die Ausstattung, Kompetenzen und rechtlichen Rahmenbedingungen unserer Cyberabwehr, die Versorgungssicherheit mit Rohstoffen und Energie und die Reduzierung wirtschaftlicher Abhängigkeiten. Kurz gefasst, die zukünftige Betrachtung aller Ressorthemen auch unter dem Aspekt der Sicherheit.

Der Angriffskrieg Russlands trifft die Bundeswehr mehr oder weniger unvorbereitet. Keinesfalls, weil Militärs nicht davor gewarnt hätten, sondern aufgrund jahrelangen politischen Versagens. So kommt es, dass die Bundeswehr für ein potenzielles Szenario der Landes- und Bündnisverteidigung nicht ausreichend ausgerüstet ist. Die Fraktion der Freien Demokraten hat auf diesen Umstand seit dem Wiedereinzug in den Deutschen Bundestag gebetsmühlenartig hingewiesen. Die Große Koalition ließ alle Argumente abprallen, trotz der Erfahrungen aus 2014 – der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim durch Russland.

Das Sondervermögen rüstet nicht auf, es rüstet aus

So überraschte es viele, dass ausgerechnet Bundeskanzler Scholz Ende Februar die historische Zeitenwende verkündete. Bei genauer Betrachtung ist das Sondervermögen für die Bundeswehr eine konsequente Umsetzung unserer im Koalitionsvertrag vereinbarten Ziele, nämlich der Bundeswehr ihre Aufgabe der Landes- und Bündnisverteidigung zu ermöglichen. Wir holen nun mit dem Sondervermögen Bundeswehr nach, was die Politik in den letzten zwanzig Jahren vernachlässigt hat.

Das Sondervermögen Bundeswehr ist das Ergebnis einer Analyse der fehlenden Fähigkeiten der Bundeswehr. Das Sondervermögen rüstet nicht auf, es rüstet zunächst erstmal aus. Wir stellen sicher, dass die Bundeswehr in allen Dimensionen, an Land, in der Luft, auf See und im Netz, ihrer Aufgabe nachkommen kann. Dabei ist neben dem Aufwuchs an Ausstattung, Material und Personal vor allem auch eine Effizienzsteigerung nötig. Daher liegt ein Schwerpunkt der Koalition in der Digitalisierung der Bundeswehr. Die Vernetzung der Di-

mensionen und die Digitalisierung der Arbeitsprozesse sind zwei Meilensteine bei der nachhaltigen Strukturreform unserer Streitkräfte.

Rüstungsexportpolitik europäisch denken

Der Krieg gegen die Ukraine hat zudem die traditionell zurückhaltende deutsche Rüstungsexportpolitik auf den Kopf gestellt. Mit der Lieferung auch schwerer Waffen hat Deutschland gegen alle in den letzten Jahrzehnten selbstgesteckten Grundsätze verstoßen. Und das aus gutem Grund. Die zuweilen normativ verdrehten und abstrakten Debatten sind an der bitteren Realität zerschellt. Die mitunter vorherrschende Naivität wurde bestraft. Wenn man so will, ist die Lehre folgende: Historische Verantwortung bedeutet zu handeln – im Gegensatz zum verantwortungsbefreiten Zurücklehnen.

Es ist unsere Aufgabe als demokratischer Staat, an der Seite der Freiheit, der Demokratie und der Menschenrechte zu stehen. Es ist unsere Aufgabe als Verfechter einer multilateralen Weltordnung, der sich selbst verteidigenden Ukraine beizustehen. Wir setzen ein starkes Zeichen in Richtung Russland und China und allen potenziellen Aggressoren: Das Völkerrecht gilt für alle! Unsere innenpolitische Realität muss sich dieser Erkenntnis nun anpassen. Wir müssen der Freiheit auch ermöglichen, sich zu verteidigen. Das im Koalitionsvertrag vereinbarte Rüstungsexportkontrollgesetz sollte daher anstreben, einen gemeinsamen europäischen Standard einzuführen. Es sollte für Rechtssicherheit sorgen. Keinesfalls sollte es unsere Verbündeten und Freiheitsliebende weltweit schwächen.

Katastrophenresilienz ausbauen

Zuletzt muss der Krieg langfristige Auswirkungen auf die staatliche Vorsorge haben. Resilienz ist ein zentrales Thema für unsere Gesellschaft. Damit ist die Widerstandskraft gemeint, die wir zur Bewältigung unerwarteter Herausforderungen benötigen. Übersetzt heißt das: effektive Krisen- und Katastrophenpläne, ausreichend verfügbare Ressourcen, schnelle und zielgerichtete Entscheidungen der staatlichen Sicherheitsbehörden und des Bevölkerungsschutzes, mündige Bürgerinnen und Bürger beim Umgang mit Krisenvorsorge und Desinformation, diversifizierte Energielieferverträge und Rohstoffquellen – all jenes, was der Gesellschaft ermöglicht, Herausforderungen zu meistern.

All diese Folgen sind allerdings keinesfalls eine Absage an Diplomatie, internationale Zusammenarbeit und Kooperation. Wir schätzen die Diplomatie, haben aber gelernt, dass wir sie aus einer Position der Stärke ausüben müssen. Andernfalls machen es andere.



Nicola Beer

Europa muss deshalb die Sprache der Macht lernen, politische Ausdauer und Stehvermögen entwickeln, um die Konsequenzen dieser Macht zu tragen. Die Dauer des Krieges ist ungewiss. Wir müssen daher unseren Blick auf die langfristigen Folgen dieses Krieges richten: Zentral dabei ist, die EU an die neue Sicherheitsarchitektur anzupassen: sicherheitspolitisch, ökonomisch und innenpolitisch-gesellschaftlich.

Raus aus falschen Abhängigkeiten

Eine emanzipatorische Kraftanstrengung liegt vor uns: Die europäische Unterstützung der Ukraine in ihrem Kampf um ihre Freiheit – auch durch Waffenlieferungen – darf nicht abreißen. Das bedeutet, die EU muss den Einsatz aller politischen und ökonomischen Mittel auf Dauer gewährleisten, um Putin von seinem Kriegskurs abzubringen – übersetzt heißt dies: Die Sanktionen, die wir im Verbund der EU und gemeinsam mit unseren transatlantischen Verbündeten auf den Weg gebracht haben, müssen wir aufrechterhalten und langfristig selbst (er)tragen können. Energiesicherheit und die Unabhängigkeit von Russlands Gas, Kohle und Öl sind zentral in der anstehenden europäischen Emanzipation. Kurz: raus aus falschen Abhängigkeiten. Wir dürfen keine strategischen Abhängigkeiten mehr zulassen, nicht bei der Energieversorgung, nicht bei kritischen Technologien noch bei Rohstoffen oder Materialien der Gesundheitsversorgung. Aber auch nicht bei Absatzmärkten – an dieser Stelle können wir uns eine Fehleinschätzung der chinesischen Führung in Peking nicht leisten.

Europa muss eigene Sicherheitssouveränität entwickeln

Daher gilt es jetzt, Europas Widerstandsfähigkeit hochzufahren, gleichzeitig Abhängigkeiten zu beenden und geopolitisch kluge Entscheidungen zu treffen: der Umbau unserer europäischen Energieversorgung, die Diversifikation der Lieferketten und Absatzmärkte, die Stärkung der Resilienz unserer Informationstechnologie, die Schaffung einer schnellen, europäischen Eingreiftruppe mit 5.000 Mann bis 2025 – einsatzbereit und mit ersten Übungen bereits 2023 –, die intensivierte Koordinierung unserer Rüstungsanstrengungen in einer möglichst plausiblen Aufgabenteilung mit der NATO: Diese ganzheitliche Schärfung des Verteidigungsprofils auf europäischer Ebene erfordert enorme Investitionen und Anstrengungen der EU in den kommenden Jahren. Putin hat mit seinem Angriffskrieg genau das erreicht, was er immer vermeiden wollte: Er ist durch das völkerrechtswidrige Blutvergießen in der Ukraine Urheber einer stärkeren, erweiterten NATO. Durch die historische Aufgabe

der Neutralität der EU-Mitgliedsstaaten Finnland und Schweden bekommt so auch die EU-Beistandsklausel Art. 42,7 ein stärkeres Fundament für eine künftige Europäische Verteidigungsunion. Mittelfristig müssen wir die EU befähigen, selbst Sicherheitsgarantien auszusprechen. Nicht in Konkurrenz, sondern in enger Zusammenarbeit mit der NATO.

Die anstehende europäische Emanzipation gibt es jedoch nicht umsonst. Wir alle zahlen schon jetzt ihren Preis an der Kasse im Supermarkt, an der Tankstelle, mit unseren Strom- und Heizkostenrechnungen. Existenziell noch härter spürbar in anderen Ländern und Regionen der Welt. Der starke Anstieg der Preise für Getreide und Düngemittel, für pflanzliche Öle und andere Produkte des täglichen Bedarfs stellt für Millionen Menschen, vor allem in Afrika, ein dramatisches Problem dar. Der entstandene Mangel bedroht die Stabilität vieler Staaten und unzähliger Menschen existenziell und kann nicht nur Binnenmigration, sondern auch Fluchtbewegung auslösen. Die EU muss dem abfedernd entgegenwirken und zwingend die Herausforderungen von Hunger, Klimawandel und Perspektivlosigkeit angehen, wenn wir die Zukunft der kommenden Generationen nicht gefährden wollen. Gleichzeitig muss die EU in Erwartung massiver Migrationsbewegung versäumte europäische Migrations- und Asylpolitik wettmachen. Das Dublin-System und die Quotenverteilung gelten als gescheitert. Ein neuer Ansatz mit transparenten Antragsmöglichkeiten in Drittstaaten, Anreizen zur legalen Fachkräftemigration als auch mit klarer Rückführungspolitik bei fehlendem Asylanspruch müssen zentrale Pfeiler einer tragbaren und humanen Asyl- und Migrationspolitik sein.

Wiederaufbau ja – europäische Schulden nein

Wiederaufbau der Ukraine, Wehrhaftigkeit und Resilienz Europas: Um die gewaltigen Investitionen schultern zu können, müssen wir nicht nur über Überzeugung, sondern auch darüber sprechen, wer am Ende bezahlt. Welchen europäischen Rahmen haben wir für die Finanzierung dieser Aufgaben? Wir Freie Demokraten im EU-Parlament setzen uns dabei dafür ein, dass es hierbei nicht zu einer unkontrollierten Ausweitung der gemeinschaftlichen Verschuldung kommt, dass finanzielle Zuwendungen in Zukunft und Resilienz stärkende Infrastruktur fließt, statt in kurzlebigen Konsum zu verschwinden, dass Europa nicht immer weiter draufsatelt, sondern sich durch gezielte Entlastung und weniger Bürokratie finanziellen Spielraum für ein Krisendepot schafft, dass der Stabilitäts- und Wachstumspakt in seinem Kern erhalten bleibt sowie das Budgetrecht des Europäischen Parlaments und damit das Mitspracherecht der Bürgerinnen und Bürger erhalten und gestärkt wird.

Der Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine stellt neben einer eklatanten Verletzung des Völkerrechts auch eine massive Gefahr für die Menschenrechte der ukrainischen Bevölkerung dar. Russische Luftangriffe haben gezielt Schulen und Krankenhäuser zerstört und dabei hunderte Zivilistinnen und Zivilisten getötet. Weiterhin verzeichnen wir eine extreme sexuelle Gewalt gegen Frauen, Männer und Kinder. Die Kriegsverbrechen russischer Truppen unterscheiden ganz bewusst nicht zwischen Soldaten und Zivilbevölkerung.



Peter Heidt

Die Ampelkoalition hat in den letzten Wochen und Monaten gemeinsam mit ihren europäischen Partnern und Verbündeten Sanktionspakete beschlossen, die darauf abzielen, die russische Finanzkraft, aber nicht die Zivilbevölkerung zu treffen. Und wir liefern gemeinsam Waffen. Denjenigen, die gegen die Lieferung schwerer Waffen sind, möchte ich sagen: Putins völkerrechtswidriger Angriff auf die Ukraine bedeutet eine geopolitische Zäsur mit tiefgreifenden Auswirkungen auf die europäische Sicherheit. Und es ist naiv zu glauben, dass wir uns einfach nur raushalten müssten oder nur verhandelt werden müsse.

Putin will nicht verhandeln. Putin will die Ukraine vernichten. Er hat der Ukraine immer wieder das Existenzrecht abgesprochen. Abgesehen davon, dass es unsere moralische Verpflichtung ist, die Ukraine zu unterstützen, hat Putin bereits angekündigt, dass es ihm um die Wiederherstellung alter Größe am Maßstab der Sowjetunion geht. Und auch Deutschland hat er bereits mit einem Krieg gedroht. Wir müssen deshalb politisch langfristige verantwortbare Entscheidungen treffen.

Neben Sanktionen und militärischer Hilfe für die Ukraine bedarf es humanitärer Hilfe. Um den Geflüchteten zu helfen, beteiligt sich Deutschland an Hilfsmaßnahmen der EU und leistet darüber hinaus auch bilaterale Unterstützung – sowohl für die Ukraine selbst wie auch für die Anrainerstaaten, die durch die Aufnahme von Geflüchteten zum Teil an ihre Grenzen stoßen.

Kriegsverbrechen ahnden – Rechtslücken schließen

Kriegsverbrechen sind massive Menschenrechtsverletzungen. Bei der Ahndung des völkerrechtswidrigen Angriffs auf die Ukraine und der Verfolgung begangener Kriegsverbrechen stehen die Völkergemeinschaft und Deutschland jedoch noch vor einigen Problemen. Mit

dem völkerrechtswidrigen Angriff hat sich die russische Führung dem „Verbrechen der Aggression“ schuldig gemacht. Allerdings bietet das Römische Statut des Internationalen Strafgerichtshofs derzeit für eine entsprechende Untersuchung und Anklage keine ausreichende Grundlage. Dazu müsste der UN-Sicherheitsrat den Fall an den Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) überweisen. Als Mitglied im Sicherheitsrat kann Russland aber genau diese Entscheidung durch ein Veto blockieren. Deshalb mehren sich die Stimmen, die die Schaffung eines Sondertribunals fordern, um die begangene Aggression gegen die Ukraine strafrechtlich zu ahnden. So zuletzt die Parlamentarische Versammlung des Europarats in ihrer Resolution 2436.

Und auch in Deutschland klafft bei der „Verfolgung des Aggressionsverbrechens“ eine Rechtslücke. Denn hier können ausländische Staatsbürger nur dann angeklagt werden, wenn sie sich an einem Angriffskrieg gegen Deutschland beteiligen. Das Weltrechtsprinzip gilt für dieses Verbrechen nicht. Als IStGH-Mitglied sollten wir uns deshalb für eine Reform des Rom-Status einsetzen, sodass die Beteiligung an völkerrechtswidrigen Angriffskriegen international verfolgt werden kann.

Mehr nationale Kapazitäten für Verfolgung von Völkerrechtsverbrechen

Wichtig ist aber auch, dass die internationale Gemeinschaft die bereits erfolgten wie auch die bevorstehenden Kriegshandlungen genau beobachtet und Verletzungen des Völkerrechts dokumentiert. Wir brauchen Monitoring-Mechanismen, die die Einhaltung von Menschenrechten und humanitärem Völkerrecht überwachen, und langfristige Mandate für Sonderberichterstatter zu Russland und der Ukraine. Nur so können wir eine spätere Accountability gewährleisten, also sicherstellen, dass die verübten Kriegsverbrechen nicht dauerhaft ungestraft bleiben.

Der deutsche Generalbundesanwalt hat bereits ein Strukturermittlungsverfahren über Kriegsverbrechen auf Grundlage des deutschen Völkerstrafgesetzbuchs eröffnet. Gemäß dem Weltrechtsprinzip können auch in Deutschland Ermittlungen aufgenommen und Täter vor ein deutsches Gericht gestellt werden. Hier macht das Völkerstrafgesetzbuch eine Verfolgung internationaler Völkerrechtsverbrechen durch nationale Gerichte möglich. Hierfür müssen wir dringend den im Koalitionsvertrag angekündigten Ausbau der Kapazitäten für Verfahren im Bereich des Völkerstrafrechts vorantreiben. Außerdem muss unser nationales Völkerstrafgesetzbuch inklusive des Prozessrechts weiterentwickelt werden. Hierzu sind wir sowohl mit dem Justiz- und Außenministerium als auch mit unseren Koalitionspartnern bereits im Austausch.



Über das Bauchgefühl

© TBE / iStock / Getty Images Plus

Volker Bouffier war der dienstälteste Ministerpräsident Deutschlands. Insgesamt knapp 27 Jahre hat er in Hessen Regierungsverantwortung getragen – zunächst als Justizstaatssekretär, später als Innenminister und schließlich als Ministerpräsident des Landes. Nach zwölf Jahren hat der Landesvater am 31. Mai das Amt an Boris Rhein übergeben. frei.hessen im Gespräch mit Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn und René Rock über den alten und den neuen Hessischen Ministerpräsidenten.

Herr Hahn, aus der Fraktion der Freien Demokraten im Hessischen Landtag haben Sie am längsten und engsten mit Volker Bouffier zusammengearbeitet. Wie haben Sie sich eigentlich kennengelernt?

Hahn: In der Regierungszeit ab 1987 unter Walter Wallmann und Wolfgang Gerhardt war Volker Bouffier Staatssekretär im Hessischen Justizministerium unter dem damaligen Justizminister Karl-Heinz Koch, Vater des späteren Ministerpräsidenten Roland Koch. Ich war damals von der FDP zum rechtspolitischen Sprecher ernannt worden und wir beide sollten die Rechtspolitik der bürgerlichen Koalition von CDU und FDP zusammen managen. So haben wir uns kennen und auch relativ schnell schätzen gelernt.

Wie haben Sie den Menschen und den Politiker Bouffier damals wahrgenommen?

Hahn: Bouffier war ein intelligenter und auch schon damals sehr selbstbewusster Mensch, der sich stark auf das Machen,

Handeln und Umsetzen fokussiert hat. In seinem Amt als Justizstaatssekretär hatte er zudem die Chance, sich zu profilieren, da in Hessen damals ein großer Prozess mit ausländischen Terroristen aus dem Justizgebäude an einen anderen Ort verlegt werden musste, verbunden mit Sicherheitsproblemen, weshalb er schon damals Personenschützer brauchte. Das hat ihm aber auch ganz gut gefallen.

Von 1991 bis 1998 haben CDU und FDP gemeinsam in der Opposition gegessen. Was hat den Oppositionspolitiker Volker Bouffier ausgemacht?

Hahn: Die Opposition von CDU und FDP gegen die Regierung Hans Eichel und Joseph Martin Fischer war eine ganz besondere und auch eine harte. Wir haben vieles skandalisiert, was ich heutzutage nicht mehr so wirklich skandalisieren würde. Bouffier war einer, der immer gut vorbereitet und teilweise sogar übereifrig war. Und er hatte sehr gute Verbindungen in die hessische Polizei, auch zu Oppositionszeiten. So haben wir gemeinsam einen Untersuchungsausschuss eingesetzt, der sich mit der Nutzung von Polizeipferden durch einen Polizeipräsidenten beschäftigte. Dieser ist gerne geritten und hat das Private mit dem Beruflichen ein bisschen zu arg verbunden. Diesen Ausschuss haben wir allerdings zu lange gemacht. Ich kann mich noch sehr gut daran erinnern, dass ich gesagt habe, „Volker, jetzt machen wir mal Schluss, sonst reiten wir das Pferd noch zu Tode.“ Und leider haben wir das Pferd dann zu Tode geritten.



Welche weiteren Themen wurden gegen die rot-grüne Landesregierung gemeinsam vorangetrieben?

Hahn: Für die damalige rot-grüne Landesregierung hatte das Thema Innere Sicherheit nicht die oberste Priorität. Das haben wir immer wieder auf die Tagesordnung gesetzt: ob es das Polizeigesetz war, die Frage des Freiwilligen Polizeidienstes, die Personalausstattung oder die Bezahlung der Polizisten.

1999 übernahmen CDU und FDP gemeinsam Regierungsverantwortung, später die CDU alleine, ehe Hessen 2009 wieder schwarz-gelb wurde. Bouffier war Hessischer Innenminister und über Landesgrenzen hinaus als „Schwarzer Sheriff“ bekannt. Wie kam er zu diesem Titel?

Hahn: Ob Bouffier ein „Schwarzer Sheriff“ war, will ich dahingestellt sein lassen, aber das Image hatte er ohne Frage. Für ihn und für die Union waren die Polizei und der Verfassungsschutz immens wichtig – was wir als FDP grundsätzlich ähnlich gesehen haben. Aber wir haben in der Koalition immer wieder über die gesetzlichen Grundlagen gestritten bei Vorgängen, die teilweise auch heute noch aktuell sind, zum Beispiel die Videoüberwachung. Bouffiers Image resultierte auch daher, dass es im Bereich der Rechtspolitik, im Bereich des Datenschutzes und bei der Einschränkung der Bürgerrechte häufiger einen erkennbaren Dissens zwischen uns Koalitionspartnern gab. Wir als FDP haben häufig darauf hingewiesen, dass wir es unter Beachtung des Datenschutzes so nicht machen würden. Und er hat immer wieder deutlich gemacht, dass er das eben gerne genauso machen würde, um die Sicherheit der Bürger – scheinbar mehr – zu garantieren.

In seine Amtszeit fielen Ereignisse wie die NSU-Morde oder die Entführung Jakob von Metzlers, bei der die hessische Polizei in die Kritik geraten ist. Welche Rolle hat Bouffier als Innenminister eingenommen?

Hahn: Bouffier hat sich nach außen bedingungslos hinter die Polizei gestellt. Das mögen manche als falsch empfinden. Ich weiß aus meiner Zeit als Justizminister, dass das klug ist. Es ergibt keinen Sinn, wenn sich die politische Führung, die Hausspitze, nach außen gegen Bedienstete wendet. Bouffier war aber auch genauso intensiv dabei, wenn intern Fehler aufgearbeitet wurden. Das ist ein Unterschied zur jetzigen Situation bei der hessischen Polizei. Zwar stellt sich auch Peter Beuth hinter die Polizei, was auch gut ist, aber die interne Fehleraufarbeitung wird von ihm lockerer gesehen. Das hat Volker Bouffier besser gemacht.

Herr Rock, Sie zogen 2008 in den Landtag ein. Wie haben Sie Bouffier damals wahrgenommen?

Rock: Ich habe ihn als sehr konservativen, von sich überzeugten Politiker wahrgenommen. Jemand, der auch mal ausgeteilt hat und der auch mal gerne persönlich wurde beim Austeilen. Ich glaube, dass er für die Opposition eine sehr harte Nuss und sehr provokant und auch ein großes Feindbild von Grünen und SPD war.

Herr Hahn, ab 2009 waren Sie und Bouffier Kabinettskollegen. Als er 2010 auf den Sitz des Ministerpräsidenten wechselte, wurden Sie sein Stellvertreter und nahmen neben ihm Platz. Was hat Sie als Personen verbunden? Was als Politiker in gemeinsamer Regierungsverantwortung?

Hahn: Ich habe Volker Bouffier immer sehr geachtet. Und auch er hat mich, bis zu einem späteren Zeitpunkt im Jahr 2014, immer sehr geachtet. Bei der Regierungsbildung hatte ich mit Roland Koch vereinbart bzw. auf seine Bitte hin entschieden, das Ressort des Innenministers nicht zu übernehmen – weil ich Signale bekommen hatte, dass Bouffier bald Ministerpräsident werden könnte. Da wollte ich ihm weder inhaltliche noch argumentative Schwierigkeiten bereiten. Letztlich war es auch für mich als Person und für unsere Partei insgesamt klüger, mit Justiz und Europa sowie als erster Integrationsminister des Landes ein breiter angelegtes Ressort zu übernehmen. Als Chef des Koalitionspartners hätte ich zwar genauso gut auf das Innenministerium bestehen können und Koch hätte es mir zuschreiben müssen. Aber daran erkennt man, wie intensiv ich mit Bouffier auch mitgedacht und mitgelitten habe. Nachher in der Regierung haben wir sehr gut zusammengearbeitet, wobei ich schnell feststellen musste, dass es einen gravierenden Unterschied zwischen ihm und Koch gab. Koch ist ein rationaler Mensch, der auf Grundlage von Zahlen, Daten und Fakten entscheidet, ein typischer Kopfmensch eben. Und Bouffier ist genau das Gegenteil: Er ist ein Bauchmensch und möchte lieber frei von Zahlen, Daten und Fakten entscheiden. Diese könnten seine



März 2013: Jörg-Uwe Hahn und Volker Bouffier bei der Pressekonferenz der schwarz-gelben Landesregierung zur Klage vor dem Bundesverfassungsgericht gegen den Länderfinanzausgleich

Bauchentscheidung ja relativieren. So kam es dazu, dass ich in den Koalitionsrunden teilweise ganz schön umlernen musste, um weiterhin die FDP-Meinung durchsetzen zu können. Das ist mir zwar gelungen, aber es war schwieriger gegenüber dem Bauchmenschen Bouffier als gegenüber dem Kopfmenschen Koch.

Welche gemeinsamen Erfolge konnten Sie für das Land Hessen erreichen?

Hahn: Ich glaube, der größte Erfolg war, dass wir eine neue Finanzpolitik eingeleitet haben – weg von neuen Schulden hin zur Schuldenbremse und einer generationengerechten, nachhaltigen Finanzpolitik. Es war eine Bedingung der FDP in den Koalitionsverhandlungen 2009, dass wir in die Hessische Verfassung eine härtere Schuldenbremse schreiben, als das, was auf Bundesebene diskutiert worden war. Und das haben wir dann auch gemacht. Ansonsten haben wir uns intensiv um die Infrastruktur in Hessen gekümmert. So haben wir u.a. den Ausbau des Frankfurter Flughafens fortgeführt und Autobahnprojekte angestoßen, insbesondere im mittel- und nordhessischen Bereich, aber auch die Erweiterung von Autobahnen im Rhein-Main-Gebiet.

Auch Boris Rhein kam damals ins Kabinett und folgte Bouffier als Innenminister nach. Welche Unterschiede konnte man in der Politik der beiden ausmachen?

Hahn: Rhein wechselte ja von der Position des Staatssekretärs Bouffiers in das Ministeramt, hatte also schon Erfahrung im Innenministerium. Es zeigte sich schnell, dass die beiden vollkommen unterschiedliche Typen und in ihrer Arbeit anders strukturiert sind. Rhein ist wie Bouffier ein konservativer Politiker und schon damals jemand gewesen, mit dem man seitens der FDP hervorragend und vertrauensvoll zusammenarbeiten konnte. Trotzdem gab es mit ihm auch Streitigkeiten. Wie er zum Beispiel mit der damaligen LKA-Präsidentin umgegangen ist, das war undiplomatisch, um es höflich auszudrücken. Das war in meinen Augen auch seine schwächste Leistung als Innenminister.

Herr Rock, hätten Sie sich damals vorstellen können, dass Boris Rhein mal Bouffiers Nachfolger als Ministerpräsident werden würde?

Rock: Dass Rhein auf den damaligen Bouffier nachfolgt, das war schon irgendwie vorstellbar, wenn natürlich auch mit einem Generationenwechsel verbunden. Die beiden sind zwar sehr unterschiedliche Menschen, aber die politische Haltung von Bouffier damals und die von Rhein sind, glaube ich, sehr nah. Das hat man ja auch daran gesehen, dass Rhein als Innenminister keinen Bildersturm betrieb, sondern die Politik seines Vorgängers fortgesetzt hat, wenn auch in einer anderen Art.

Bei der Landtagswahl 2013 hat die FDP den Einzug in den Landtag nur knapp geschafft, für eine schwarz-gelbe Mehrheit reichte es nicht mehr. Bouffier schmiedete daraufhin das erste schwarz-grüne Bündnis der Bundesrepublik. Inwiefern hat er sich seitdem verändert?

Rock: In der Art, wie er Politik macht und wie er Politik sieht, hat er sich seither eigentlich nicht verändert. Aber ich finde, dass er mit Schwarz-Grün seinen politischen Instinkt ein Stück weit verloren hat. Aus diesem Grund hat er zum Ende seiner politischen Laufbahn auch einige politische Fehler begangen. Dies konnte nur passieren, weil er Entscheidungen auf Grundlagen getroffen hat, die eigentlich nicht in sein politisches Weltbild passen. Und ich glaube auch, dass dies ein Grund seiner politischen Desorientiertheit am Ende seiner politischen Karriere ist. Schwarz-Grün hat ihn aus seinem politischen Gleichgewicht gebracht.

Wie hat sich seither der Umgang von CDU und FDP miteinander verändert?

Hahn: Ich habe die Zeit von September 2013 bis zur schwarz-grünen Koalition als sehr tragisch in Erinnerung, wobei der tragischste Teil nicht mit der CDU, sondern mit der FDP zu tun hat. Ehrlich gesagt, fühle ich mich da auch heute noch missverstanden. Deshalb habe ich mich damals auch nicht zu sehr auf die CDU konzentriert. Schließlich hatten wir als FDP die gemeinsame Mehrheit verloren. Von 16 auf 5,1 Prozent, das ist ein herber Verlust, den wir nicht der CDU vorwerfen konnten. Wären wir stärker gewesen, hätte es mit Schwarz-Gelb ja wieder geklappt. Was mich aber irritiert und auch maßlos enttäuscht hat, war das Verhalten von Mitgliedern der CDU-Fraktion. Auf einmal hatte sich das Klima von gemeinsamen, freundschaftlichen Weinabenden zu teilweise hasserfüllten Kommentaren im Plenarsaal verändert. Meines Erachtens lag das daran, dass Bouffier und insbesondere der damalige Generalsekretär Peter Beuth noch im Wahlkampf Reden gegen die Grünen gehalten hatten und nun auf einmal erklären mussten, dass sie gute Leute seien, mit denen man vertrauensvoll zusammenarbeiten könne. Psychologisch geht das natürlich am besten, wenn man den alten Freund oder die alte Geliebte schlecht darstellt. Und so ähnlich haben wir uns, habe ich mich auch gefühlt. Plötzlich waren wir die Dummen, die Unsolidarischen und Undankbaren – dieses Wort habe ich von Volker Bouffier sehr häufig gehört. Wenn man einen Wechsel herbeiführen muss, dann macht man das aber anständig. Und anständig heißt, dass man sich weiterhin dankbar mit denjenigen auseinandersetzt, mit denen man viele Jahre gemeinsam gearbeitet hat.

Im Februar 2022 kündigte Bouffier schließlich seinen Rückzug an. Hat Sie beide das überrascht?

Rock: Überrascht hat mich das gar nicht, ich fand es viel zu spät. Ich habe auch nicht verstanden, dass er diesen Zeitpunkt nicht früher gewählt hat. Menschlich hätte ich es nachvollziehen können, wenn er sich nach seiner schweren Erkrankung das Privileg herausgenommen hätte, sich selbst an oberste Stelle zu setzen und den Staffstab zu übergeben. Das hätte ich für klug und angemessen gehalten. Jeden Tag, den er aber länger im Amt geblieben ist, war aus meiner Sicht ein Tag, an dem das Land nur noch verwaltet und nicht mehr gestaltet worden ist. So konnte er in dieser Legislaturperiode dem Land eigentlich keine Impulse mehr geben.

Hahn: Der Zeitpunkt ist wieder eine typische Bauchentscheidung gewesen. Offensichtlich hat sich Bouffier, nachdem er den stellvertretenden CDU-Bundesvorsitz abgegeben hatte, zur Seite gesetzt gefühlt. Auch seine Kandidatenauswahl bei der Nachfolge Merkels – sowohl beim CDU-Vorsitz als auch bei der Kanzlerkandidatur – entpuppte sich als Fehlplanung. Schließlich haben ihn sicher auch die Abstimmungsergebnisse der von ihm protegierten Ines Claus als Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion zum Nachdenken gebracht. Trotzdem war der Zeitpunkt irgendwie unglücklich.

Was wird von Volker Bouffier bleiben?

Hahn: Bouffier hat Schwarz-Grün hoffähig gemacht und damit – das sind ja fast schon die Worte, die Christian Lindner in Berlin jetzt pflegt – eine Verbindung zwischen Ökonomie und Ökologie hergestellt. Ich bin auch überzeugt davon, dass ihm das gelungen ist. Ansonsten wird leider nicht viel übrig bleiben.

Rock: Inhaltlich hat er dieses Land nicht geprägt. Er hat die politische Kultur verändert, indem er den Kampf der Konservativen gegen die Ökos beendet hat. Das hat auch dazu geführt, dass der Hessische Landtag nicht mehr der härteste Landtag Deutschlands ist. Wer, wie ich, 2008 in den Landtag kam und dann erlebt hat, wie sich das Parlament unter Schwarz-Grün verändert hat, der hat zwei völlig unterschiedliche Kulturen erlebt. Das lag natürlich daran, dass die beiden Parteien, die für diese oftmals sehr persönliche Auseinandersetzung maßgeblich verantwortlich waren, plötzlich in einem Boot saßen. Und für mich als Liberalen war das auch die klare Erkenntnis, dass es keine natürlichen politischen Partner gibt. Für die Union stand der Machterhalt so weit oben, dass selbst jahrelange und persönliche Loyalitäten keine Rolle mehr spielten.

Inwiefern wird sich die Arbeit der Hessischen Landesregierung unter Boris Rhein verändern?

Rock: Ich hoffe und glaube, dass Rhein die Debatten zurück in den Landtag holen wird. Insbesondere seit



31. Mai 2022: René Rock gratuliert Boris Rhein zu seiner Wahl als Ministerpräsident des Landes Hessen

Corona wurde deutlich, dass Bouffier diese nur noch widerwillig geführt hat. Den Landtag hat er überhaupt nicht mehr als politischen Partner der Landesregierung verstanden. Alle politischen Initiativen fanden außerhalb des Landtags statt. Unter Boris Rhein wird es einen anderen Stil geben. Die Volksvertretung wird wieder eine andere Rolle spielen. Aber an der politischen Linie wird sich erst einmal wenig ändern. Eineinhalb Jahre vor der Landtagswahl wird sich aus der Regierungskoalition kein Erneuerungspotenzial ergeben, aber die Erwartungshaltung, dass für Hessen neue Möglichkeiten nach der Landtagswahl entstehen, das wird die Debatten befruchten und das wird die Erwartungshaltung der politischen Akteure mit neuer Energie ausstatten. Und das wird auch die Perspektiven für die Freien Demokraten verändern.

Wird Schwarz-Grün in Hessen auch nach der nächsten Landtagswahl bestehen bleiben oder gibt es möglicherweise die Chance auf ein Revival von Schwarz-Gelb in Hessen?

Hahn: Ich weigere mich eine Prognose abzugeben, weil wir ja gerade erst bei den Wahlen in NRW und Schleswig-Holstein erlebt haben, wie volatil das Geschäft mittlerweile ist. Nächstes Jahr um die Zeit bin ich gerne bereit, etwas dazu zu sagen, aber nicht heute.

Rock: Ich glaube, dass das Erstarren der Grünen und auch ihr nach außen getragenes Selbstverständnis es sehr schwer machen wird, dieses Bündnis fortzusetzen. Und das von beiden Seiten. Wie Wahlen ausgehen, ist heutzutage nicht mehr zu prognostizieren. Aber mein Bauchgefühl sagt mir, dass sich Schwarz-Grün in Hessen überlebt hat und dass es zu neuen Konstellationen kommen wird.



Digitaler Kick-off zur Landtagswahl 2023

Im Herbst 2023 wird in Hessen ein neuer Landtag gewählt. Die Vorbereitungen laufen im Landesverband der hessischen Freidemokraten bereits auf Hochtouren. Besonders im Fokus steht die Erarbeitung des Wahlprogramms. „Die vielfältige Expertise unserer engagierten Mitglieder ist eine große Stärke der Freien Demokraten in Hessen. Deshalb ist es für uns selbstverständlich, dass wir sie aktiv in den Programmprozess für das Landtagswahlprogramm einbeziehen“, betont Generalsekretär Moritz Promny.

Ein wichtiges Element auf diesem Weg ist die von März bis April erfolgte Mitgliederumfrage des Landesverbands. Viele Mitglieder nutzten die Chance, ihre persönliche Einschätzung zu den wichtigsten Themen und Herausforderungen bei ihnen vor Ort und in Hessen zu äußern. Die Ergebnisse präsentierte Moritz Promny im Rahmen eines Digitalen Kick-offs zur Landtagswahl, zu dem die Landesvorsitzende Bettina Stark-Watzinger die zahlreichen Teilnehmerinnen und Teilnehmer herzlich begrüßte. Wo sind wir als Freie Demokraten thematisch sehr gut aufgestellt? Wo haben wir das größte Potenzial, Wählerinnen und Wähler zu überzeugen? Worauf sollten wir uns inhaltlich noch stärker fokussieren? Die Antworten der Mitglieder auf diese Fragen werden auch in den Landesfachausschüssen beraten und fließen schließlich in die Erarbeitung des Wahlprogramms ein. Die Umfrage bestätigte unter anderem, dass vor dem Hintergrund des Krieges in der Ukraine die Themen Energie und Zuwanderung besonders an Relevanz gewonnen haben. Eine nicht weniger entscheidende Bedeutung für den Wahlkampf messen die Mitglieder weiterhin den liberalen Kernthemen Bildung, Wirtschaft und Digitalisierung bei. Die Rückmeldungen unterstreichen außerdem den Anspruch der Freien Demokraten, in Hessen Regierungsverantwortung zu übernehmen.

Leonie Fliess, Beisitzerin des Landespräsidiums, und Dr. Thorsten Lieb, stellvertretender Landesvorsitzender, beleuchteten für die zugeschalteten Teilnehmerinnen und Teilnehmer die allgemeine politische Lage in Hessen. Im Vergleich zwischen aktuellem Hessestrend und den



Ergebnissen der eigenen Umfrage zogen die beiden Vorsitzenden der AG Programmatik des Landesvorstands weitere Schlussfolgerungen. Die Bürgerinnen und Bürger schreiben den Freien Demokraten insbesondere in den Bereichen Wirtschaft, Arbeitsplätze, Bildung und Verkehr hohe Kompetenzen zu. In diesen Politikfeldern sehen auch die Mitglieder die Freien Demokraten besonders gut aufgestellt. Weiterhin zeigte sich, dass die Themen Umwelt und Klimaschutz Potenziale für die Freidemokraten bieten, um sich inhaltlich mit vernunftorientierten Lösungen zu profilieren. Es folgte ein lebhafter Austausch mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern, der wichtige Impulse für die weitere programmatische Arbeit lieferte.

Am Ende der Veranstaltung zeigte sich Generalsekretär Moritz Promny hoch erfreut über das große Engagement und die rege Beteiligung: „Mit dem Digitalen Kick-off zur Landtagswahl haben wir Freie Demokraten in Hessen erneut unter Beweis gestellt, dass wir eine Mitmachpartei sind. Jede und jeder – egal ob Neumitglied oder ‚alter Hase‘ – kann sich aktiv bei uns einbringen und mit neuen Ideen etwas bewegen.“

Mensch und Gesellschaft im Wandel

Unter dem Titel „Der mobile Mensch“ fand im Mai der Programmatische Tag der Freien Demokraten Hessen statt. Zum wiederholten Mal kamen zahlreiche Freidemokratinnen und Freidemokraten in der Taunusgemeinde Glashütten zusammen, um durch spannende Vorträge und in der Diskussion mit Expertinnen und Experten neue Impulse für die Parteiarbeit zu gewinnen. Nach Eröffnung der Veranstaltung durch Generalsekretär Moritz Promny beleuchtete Dr. Christoph Schleer vom SINIUS-Institut in einer interessanten Keynote Speech aktuelle Trends in Deutschland. Ob zeit- und ortsunabhängiges Arbeiten in der Arbeitswelt 4.0, die Übernahme von Aufgaben durch Künstliche Intelligenz oder das große Thema Nachhaltigkeit – die Gesellschaft ist umfangreichen Wandlungsprozessen unterworfen. Hinzu kommen aktuelle Krisen, die Unsicherheiten hervorrufen. Dr. Schleer legte dar, wie sich all diese Faktoren auf die unterschiedlichen sozialen Milieus unserer Gesellschaft auswirken und welche Chancen, aber auch Herausforderungen damit verbunden sind.

In ihrer anschließenden Rede machte die Landesvorsitzende Bettina Stark-Watzinger deutlich, dass die Freien Demokraten Veränderungen und Innovationen als Chance begreifen. Diese gelte es zu nutzen, um zukunftsfähig zu sein. „Wir sind ein starkes Land, mit so viel Know-how und so vielen innovativen Ideen. Dieses Potenzial wollen wir heben, um bei neuen Technologien Standardsetzer zu sein“, betonte Stark-Watzinger.

Nach dem allgemeinen Teil im Plenum teilten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in vier Foren auf. Von Expertinnen und Experten erhielten sie dort weitere Denkanstöße in Impulsvorträgen und bei den anschließenden Diskussionen im Fishbowl-Format. Im Forum „Digitales Lernen und Lehren“ präsentierte Dr. Sarah Henkelmann vom Netzwerk Digitale Bildung Thesen zur digitalen Bildung. Sie stellte heraus, dass Bildung höchste Priorität für die Zukunft unseres Landes hat. Digitale Kompetenzen befähigen die Menschen dazu, die technisierte Welt aktiv mitzugestalten. Sie unterstrich außerdem, dass es für gute Bildung auch gute, entsprechend ausgebildete Lehrkräfte braucht. Das Forum „Mobilität der Zukunft“ eröffnete Dr. Vladimir von Schnurbein von der Deutschen Lufthansa AG mit einem Impuls zur

Zukunft des Luftverkehrs. Der Klimaschutz hat bei den Kundinnen und Kunden besonders an Relevanz gewonnen. Er legte dar, welche Maßnahmen das Luftverkehrsunternehmen vorantreibt, um das Fliegen nachhaltiger zu gestalten. Susanne Busshart von SBCdigital warf im Forum „New Work“ einen Blick auf die Zukunft des Arbeitens. Neben den digitalen Möglichkeiten, die neue Arbeitsmodelle bieten, hob sie auch die Bedeutung von Arbeitsräumen hervor. Sie verdeutlichte, wie eine agile Gestaltung dieser Räume Kommunikation und Kollaboration zwischen den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern fördern kann. Wenn es um den mobilen Menschen geht, darf ein Forum zum Thema „Smart City und Smart Region“ natürlich nicht fehlen. Darauf gingen Lothar Stanka und Christian Borg-Krebs von der Mainova AG in ihrem Impulsvortrag ein. Anhand anschaulicher Beispiele zeigten sie, welche Möglichkeiten digitale Infrastrukturen und die Funktechnologie LoRaWAN bieten. Von der effizienten Bewässerung von Bäumen über intelligente Verkehrszählungen hin zum bedarfsgerechten Winterdienst. Die Erhebung und Vernetzung von Daten bietet große Chancen sowohl für Städte als auch für den ländlichen Raum.

Am Ende des Programmatischen Tages zog Moritz Promny ein durchweg positives Fazit: „Ich bin begeistert, wie viele Freidemokratinnen und Freidemokraten sich aktiv einbringen, um unsere Programmatik mit neuen Impulsen weiterzuentwickeln. Wir alle haben an diesem Tag viele Denkanstöße mitgenommen, die nun auch in die Erarbeitung unseres Landtagswahlprogramms einfließen werden.“

© Joel Barleben, 100 Marketing



Die Zukunftsministerin

von Oliver Stirböck

Als Bettina Stark-Watzinger 2014 als Generalsekretärin der hessischen Freien Demokraten nominiert wurde, galt es als Überraschung. Die Ernennung zur Bundesministerin verwunderte kaum noch jemanden. Acht Jahre nach ihrem Karrieresprung ist sie eine wertvolle Hinterlassenschaft des in die Wirtschaft gewechselten vormaligen Landesvorsitzenden und Talentesuchers Stefan Ruppert. Sie ist ganz oben angekommen. Wirklich ganz oben?

„Fehlender Stallgeruch, wenig Erfahrung, kennt die Partei nicht, steht für nichts“, einige Urteile über Stefan Rupperts Pitch für die neu zu schaffende Position des Generalsekretärs bzw. der Generalsekretärin waren durchaus differenziert. Sicher: Sie hatte nach ihrem Eintritt in die FDP 2004 schnell auf sich aufmerksam gemacht, profilierte sich als Stadtverordnete, Kreistagsmitglied, Landesvorstandsmitglied und Bundestagskandidatin. Doch irgendwie schwebte schon früh mehr im Raum: Hermann Otto Solms baute sie bereits 2009 in eine Rede auf einem Bundesparteitag ein. Ein Seminarleiter der Friedrich-Naumann-Stiftung berichtete noch nach Jahren

sichtlich beeindruckt, wie dicht, sympathisch, souverän sie kurz nach ihrem Eintritt bei einer Videoübung gewirkt habe. „Die wird mal was“, folgerte er. Später schwärmte er anlässlich

„Wenn ich eine ideale Liberale zeichnen könnte in Stil, Auftreten und Lebensgefühl, dann würde ich Bettina Stark-Watzinger zeichnen.“

ihres 50. Geburtstags in einer Videobotschaft: „Wenn ich eine ideale Liberale zeichnen könnte in Stil, Auftreten und Lebensgefühl, dann würde ich Bettina Stark-Watzinger zeichnen.“ Eigenschaften, die helfen, aber kaum ausreichen für ein Ministeramt.

Gut ausgebildet

Die für ein Ministeramt erforderlichen Skills eignete sie sich zunächst in Hessen an: schon in ihrer Funktion als hessische Generalsekretärin bewies sie Organisationstalent, Zuverlässigkeit und ein gutes Gefühl für das Machbare. Auch Vertreter anderer Parteien lobten ihre exzellente Vorbereitung und Diskussionsleitung. Später trat sie gleichsam auch in der Bundestagsfraktion die Nachfolge von Ruppert an und übernahm seine wichtige Rolle als Parlamentarischer Geschäftsführer. Wo sie auftritt, ist sie

extrem gut vorbereitet, kennt auch die fachlichen Details und trägt sie sortiert vor. Sie ist eine, die sich nicht nur auf ihre Wirkung verlässt, aber Wirkung hinterlässt. Und dann hat sie diesen Ehrgeiz, den man braucht, um Spitzenämter zu erreichen, aber ihr nicht ansieht. Bei einer Fortbildung für junge Führungskräfte der europäischen Freien Demokraten schrieb sie, das ist verbrieft, als persönliches Ziel: „Ministerin“. Dem kam sie nach der Bundestagswahl näher. Sie gehörte zu den vier Chefverhandlern der FDP bei den Verhandlungen zur Ampel-Koalition. Wohl kaum ganz zufällig: Alle vier sind jetzt Minister.

Und dann hat sie diesen Ehrgeiz, den man braucht, um Spitzenämter zu erreichen, aber ihr nicht ansieht.

Kluge Personalauswahl

Seit dem 8. Dezember letzten Jahres fungiert sie als leibhaftige Ministerin des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF). Ein Beweis, dass Quereinsteiger, die nicht den politisch-organisierten Liberalismus mit der Muttermilch aufgesogen haben, bei den Freien Demokraten eine Chance haben. Das Aufstiegsversprechen, bei den Freien Demokraten wird es gelebt. In ihrem Job hilft ihre Vergangenheit als Diplom-Volkswirtin und Geschäftsführerin des Leibniz-Instituts für Finanzmarktforschung SAFE – eine Verwaltungsmanagerin aus der Forschung mit ökonomischem Hintergrund. Ihre beamteten Staatssekretärsposten besetzte sie mit einer Größe aus dem Haus, der Abteilungsleiterin im BMBF Kornelia Haugg, sowie der nordrhein-westfälischen Verwaltungsexpertin Judith Pirscher. Mit dem Bildungsexperten Jens Brandenburg sowie dem Ex-Telekom-Vorstand Thomas Sattelberger fand sie starke Parlamentarische Staatssekretäre. Als Letzterer aus privaten Gründen aus dem Bundestag ausschied, holte sie sich mit dem ehemaligen Obmann des Digitalausschusses des Deutschen Bundestages, Mario Brandenburg, Digitalisierungs-Know-how ins Ministerium.

Neustart des Ministeriums

Für ihre Arbeit hat sich die „Zukunftsministerin“, wie viele Freie Demokraten das Bildungs- und Forschungsministerium begreifen, viel vorgenommen. Das wird auch nötig sein. Unter CDU-Vorgängerin Anja Karliczek blieb das Ministerium weitgehend blass wie die Ministerin unbekannt. Stark-Watzinger hat dabei große Aufgaben vor



sich. Den Transfer von Grundlagenforschung etwa in marktfähige Produkte sieht sie als wichtige Aufgabe an. Mit der Deutschen Agentur für Transfer und Innovation

Schon in ihrer Funktion als hessische Generalsekretärin bewies sie Organisationstalent, Zuverlässigkeit und ein gutes Gefühl für das Machbare.

will sie daher Innovationsbrücken bauen. Außerdem will sie Deep-Tech-Gründungen stärken, indem privates Kapital näher an die Hochschulen rückt, etwa über einen „German Tech Transfer Fund“. Die Bildungspolitik des Bundes krankt an fehlenden Kompetenzen. Bildung ist im Wesentlichen Ländersache. Stark-Watzinger ficht das

nicht an und zeigt sich als Vordenkerin: Lernerfolg heißt heute nicht mehr Wissen reproduzieren, sondern „legt mehr Wert auf Trial and Error“, vertraute sie der FAZ an. Schulen müssten fürs Lernen bessere Plattformen zur Verfügung gestellt werden und Lehrkräfte darin besser ausgebildet werden.

Stark-Watzinger trauen viele Beobachter zu, dass sie noch nicht am Ende ihres Weges angekommen ist. Die loyale 54-Jährige spricht aufgrund ihrer modernen Erscheinung zwar auch individualistische jüngere Wähler an. Aber auch in der Wählergruppe der sicherheitsbewussteren, älteren Akademiker – dort schwächeln derzeit die Freien Demokraten – wirkt die Bildungsministerin.

Großer Aufwand statt einfacher Lösung

Hessen macht die Grundsteuererklärung unnötig kompliziert

Die hessischen Grundstückseigentümerinnen und -eigentümer haben in diesen Tagen viel Arbeit: Sie müssen bis Ende Oktober ihre Grundsteuererklärung abgegeben haben, was bedeutet: Sie müssen eine ganze Reihe von Angaben zusammentragen, zu einer Erklärung zusammenfügen und diese schließlich elektronisch an das Finanzamt übermitteln. Nur in glaubhaft begründeten Ausnahmefällen ist eine Übermittlung per Post möglich. „Das wäre auch einfacher gegangen“, ist Marion Schardt-Sauer überzeugt.

Die haushaltspolitische Sprecherin der Fraktion der Freien Demokraten im Hessischen Landtag sieht sich in ihren Befürchtungen bestätigt: „Dass schon die Abgabe der Grundsteuererklärung die betroffenen Bürgerinnen und Bürger mitunter vor große Herausforde-

rungen stellt, war abzusehen gewesen. Die Landesregierung hat bei der Reform der Grundsteuer ein unnötig kompliziertes und bürokratisches Modell durchgeboxt, obwohl von uns Freien Demokraten ein einfacher, verständlicher und gerechter Vorschlag auf dem Tisch gelegen hat.“

Ein Blick zurück: Das Bundesverfassungsgericht hatte am 10. April 2018 das seitherige Grundsteuererhebungsverfahren für verfassungswidrig erklärt, denn die Bemessung beruhte auf Jahrzehnte alten Einheitswerten. Das Bundesverfassungsgericht hatte dem Gesetzgeber eine Frist zur Reform bis 31. Dezember 2019 gesetzt und zugleich gestattet, längstens bis 2024 das alte Recht anzuwenden. Bundestag und Bundesrat haben dann im November 2019 eine Reform der Grundsteuer beschlossen und den Bundesländern – auch auf Druck



© Chainarong Prasertthai / iStock / Getty Images Plus

der Freien Demokraten – durch eine Öffnungsklausel vom extrem bürokratischen Bundesmodell, das eine Bewertung jedes einzelnen Gebäudes vorsieht, abweichende eigene Regelungen ermöglicht.

FDP-Gesetzesentwurf abgelehnt

Der FDP-Landtagsfraktion war es wichtig, dass Hessen von der Öffnungsklausel Gebrauch macht. Dass es eine solche Öffnungsklausel gibt, ist maßgeblich das Verdienst der FDP-Bundestagsfraktion. Die Freien Demokraten haben als erste politische Kraft im Hessischen Landtag einen Entwurf für ein Hessisches Grundsteuergesetz vorgelegt. „Wir haben von Anfang an ein reines Flächenmodell gefordert, das nach unserer Überzeugung das einfachste Modell ist, denn es ist transparent und unbürokratisch sowie verfassungsrechtlich sicher“, erklärt Schardt-Sauer. Die Landesregierung, die sich einst auch für ein Flächenmodell ausgesprochen hatte, hat leider nicht Kurs gehalten: Sie hat mit ihrer schwarz-grünen Mehrheit schließlich ein Flächen-Faktor-Modell einge-

führt, das auch die Wohnlage berücksichtigt. „Wir haben im Gesetzgebungsverfahren stets darauf hingewiesen, dass jede Differenzierung dazu führt, dass die Berechnung komplizierter und der Aufwand für die Verwaltungen größer wird“, erinnert Schardt-Sauer. „So mussten nicht nur 300 zusätzliche Stellen in der Finanzverwaltung geschaffen werden, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter müssen auch viel Zeit in Information und Beratung der Steuerpflichtigen investieren.“ Dieser Aufwand wäre deutlich geringer gewesen, hätte sich die Landespolitik für das Grundsteuermodell der Freien Demokraten entschieden.

Erklärung zu aufwändig

Wer eine Grundsteuererklärung abgeben muss, muss zunächst mal sein Aktenzeichen parat haben, das er einem Schreiben der Finanzverwaltung entnehmen kann. Außerdem müssen Angaben zur Lage des Grundstücks, zum Eigentumsverhältnis, zur Wohnfläche und zur Nutzungsfläche gemacht werden – ebenso zum Grund und Boden, wofür noch ein Flurstücksnachweis oder ein Grundbuchauszug mitgeliefert werden muss. „Ziemlich viel“, meint Marion Schardt-Sauer. Es sei nicht nachvollziehbar, warum die beim Staat vorhandenen Daten zu den Immobilien nicht genutzt werden. Der Gesetzesentwurf der Freien Demokraten sah vor, dass die Oberfinanzdirektion Frankfurt am Main den Steuerpflichtigen eine vorausgefüllte Grundsteuererklärung zur Verfügung stellt, die alle relevanten und in staatlichen Behörden wie dem Bauamt, dem Katasteramt oder dem Finanzamt bereits geführten und nach dem Hessischen Datenschutz- und Informationsfreiheitsgesetz verfügbaren Daten enthält. „Wir hätten es deutlich einfacher gemacht“, resümiert Schardt-Sauer. „Es kann nicht sein, dass die Bürger dem Staat dienen. Umgekehrt sollte es der Regelfall sein.“



© dar woto / iStock / Getty Images Plus

Politisches Vorbild und Frau der klaren Worte

Ruth Wagner macht sich seit über

50 Jahren für die liberale Idee stark



© Uwe Dettmar

Ob „große Frau der FDP“ oder „hessische Löwin“: Es gibt viele anerkennende wie zutreffende Beschreibungen, die in Bezug auf die Ehrenvorsitzende der hessischen Liberalen, Ruth Wagner, in Presseberichten zu finden sind. Anlässlich ihres 80. Geburtstags wurden die Darmstädterin und ihre Leistungen zuletzt medial entsprechend in Erinnerung gerufen. „Völlig zu Recht“, meint Bettina Stark-Watzinger, Landesvorsitzende der Freien Demokraten in Hessen. Im Namen der Partei würdigt auch sie Ruth Wagner – gleich zwei Jubiläen geben dafür den Anlass: zum einen der runde Geburtstag, zum anderen die 50-jährige Parteizugehörigkeit Wagners. Dass Glückwünsche von Angesicht zu Angesicht zu den mittlerweile etwas zurückliegenden Jahrestagen ausfallen mussten, war der Corona-Pandemie geschuldet. „Das war umso bedauerlicher, weil Ruth Wagner über Jahrzehnte die Geschichte der hessischen FDP geprägt hat“, erklärt Bettina Stark-Watzinger.

RUTH WAGNER

Ruth Wagner wurde am 18. Oktober 1940 in Wolfskehlen geboren und trat 1971 in die FDP ein. Sie war unter anderem von 1977 bis 1990 Kreisvorsitzende in Darmstadt, von 1995 bis 2005 FDP-Landesvorsitzende und von 1988 bis 2008 Mitglied des FDP-Bundesvorstands. Abgeordnete des Hessischen Landtags, dessen Vizepräsidentin sie von 1987 bis 1991 und von 2003 bis 2008 war, war sie von Dezember 1978 bis November 1982, von September 1983 bis April 1999 und von April 2003 bis April 2008.

Zwischen Januar 1994 und April 1999 war Ruth Wagner Fraktionsvorsitzende der FDP im Hessischen Landtag sowie von 1999 bis 2003 stellvertretende hessische Ministerpräsidentin und Ministerin für Wissenschaft und Kunst. Ruth Wagner wurde unter anderem mit dem Großen Verdienstkreuz der Bundesrepublik Deutschland 2006 und der Wilhelm-Leuschner-Medaille des Landes Hessen 2010 ausgezeichnet.

Ruth Wagner...



Wahlplakat der Freien Demokraten Hessen zur Landtagswahl 1999

Sie ist die zweite Frau an der Spitze der hessischen FDP – nach Ruth Wagner, die den Vorsitz von 1995 bis 2005 innehatte. „Ruth Wagner ist für nachfolgende Partenerationen im Allgemeinen und für die Frauen in der FDP im Besonderen ein Vorbild: Sie ist eine Frau klarer Worte, politisch immer kämpferisch, manchmal auch streitbar, und dabei eine Frau, die stets ohne persönliche Angriffe auskommt. Selbst politische Mitbewerber haben sie als Institution bezeichnet. An ihr orientieren wir uns gern“, betont Stark-Watzinger. Sie erinnert daran, dass Ruth Wagner das liberale Aufstiegsversprechen auf beste Weise verkörpert, stammt Ruth Wagner doch aus einfachen Verhältnissen und hat früh erkannt, dass Bildung der Schlüssel zu gesellschaftlicher Teilhabe ist. Kunst und Kultur hat Ruth Wagner, der das Malen von Bildern als Künstlerin sehr wichtig war, als ihre „Leib- und Magenthemen“ bezeichnet, aber auch die Bildungs- und Wissenschaftspolitik lagen der Gymnasiallehrerin am Herzen. „Da lag es nahe, dass sich Ruth Wagner lange als Landtagsabgeordnete sowie als Ministerin für Wissenschaft und Kunst für diese Themen eingesetzt hat, und das äußerst erfolgreich“, sagt Stark-Watzinger, die heute nicht nur FDP-Landeschefin, sondern auch Bundesministerin für Bildung und Forschung ist. Die Technische Universität in Darmstadt wurde zur ersten selbstständigen Hochschule. „Ruth Wagner war überzeugt, dass Hochschulen dann am besten und erfolgreichsten arbeiten können, wenn sie eigenverantwortlich sind, und hat schon vor über 20 Jahren die Stärkung der Hochschulautonomie in den Mittelpunkt des Hochschulrechts gestellt.“

Als sich Ruth Wagner aus der Landespolitik zurückzog, sagte sie, sie freue sich nun auf „Privatheit und Entschleunigung“. Diese gönnen ihr die Parteifreundinnen und -freunde von Herzen. Sie erinnern sich aber auch an zwei Aussagen Wagners, die anlässlich des 80. Geburtstags wieder zitiert wurden und die sie beherzigen: „Freiheit ist ein fragiles Gut, das man täglich neu erobern muss.“ Und: „Politik ist nur dann gut, wenn sie wahrhaftig ist.“

Persönliches

Wilhelm-Leuschner-Medaille

Dr. Hermann Otto Solms wurde für seine Verdienste um die demokratische Gesellschaft von Ministerpräsident Volker Bouffier mit der Wilhelm-Leuschner-Medaille geehrt. Sie ist die höchste Auszeichnung des Landes Hessen. Landesvorsitzende Bettina Stark-Watzinger würdigte Dr. Solms als anerkannten Demokraten und feinen Staatsmann und dankte dem Ehrenvorsitzenden der Freien Demokraten für sein jahrzehntelanges, vorbildliches Wirken in der Partei.



© Dr. Hermann Otto Solms

Dr. Hermann Otto Solms

Hessischer Verdienstorden

Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn wurde mit dem Hessischen Verdienstorden ausgezeichnet, der für hervorragende Verdienste um das Land Hessen und seine Bevölkerung verliehen wird. Landesvorsitzende Bettina Stark-Watzinger und Fraktionsvorsitzender René Rock gratulier-

ten dem Vizepräsidenten des Hessischen Landtages und würdigten seinen jahrzehntelangen landes- und kommunalpolitischen Einsatz. Insbesondere als Justiz- und Europaminister, stellvertretender Ministerpräsident und Landesvorsitzender hat er Hessen und den Landesverband der Freien Demokraten stark geprägt.



© Fraktion der Freien Demokraten im Hessischen Landtag

Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn

Verteidigungspolitischer Sprecher

Unser Bundestagsabgeordneter Alexander Müller ist neuer verteidigungspolitischer Sprecher der Fraktion der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag. Dem Abgeordneten aus dem Rheingau-Taunus-Kreis, der auch Obmann im Verteidigungsausschuss ist, kommt damit insbesondere vor dem Hintergrund des Krieges in der Ukraine eine weitere verantwortungsvolle Aufgabe zu. Wir wünschen ihm viel Erfolg.



© Büro Alexander Müller, MdB

Alexander Müller

Kreisvorsitzende

Dr. Christoph Rohloff wurde als neuer Kreisvorsitzender der Freien Demokraten in Darmstadt im Amt bestätigt. Er hatte den Vorsitz Ende November vergangenen Jahres vorzeitig von Leif Blum übernommen. Die Kreismitgliederversammlung sprach Dr. Rohloff nun mit einem einstimmigen Ergebnis erneut das Vertrauen aus. Wir gratulieren ihm herzlich zur Wahl.

Dr. Marcel Wölfle ist neuer Kreisvorsitzender der Freien Demokraten im Main-Taunus-Kreis. Die Kreismitgliederversammlung wählte den Juristen aus Eppstein einstimmig in das Amt. Er folgt damit auf den langjährigen Kreisvorsitzenden Johannes Baron, der nicht mehr antrat, um einen Stabwechsel zu ermöglichen. Wir gratulieren auch ihm herzlich zur Wahl.

Mathias Zeuner ist neuer Kreisvorsitzender der Freien Demokraten in Darmstadt-Dieburg. Der Wunsch Kandidat übernimmt damit das Amt von Horst Schultze, der den Kreisverband 14 Jahre lang überaus erfolgreich führte. Wir gratulieren ganz herzlich!

Hermann Otto Solms –

Frei heraus

von Moritz Promny



Vorsitzender der Bundestagsfraktion, 26 Jahre Bundesschatzmeister, Ehrenvorsitzender und „Beichtvater“ – Hermann Otto Solms hat die Freien Demokraten geprägt und mit ihr die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. In seiner nun vorgelegten Biografie „Frei heraus“ blickt er nicht nur auf sein Leben zurück, sondern gibt einen intimen Einblick hinter die Kulissen der Bonner und Berliner Politik.

Wer die Biografie liest, wird unweigerlich an die Geschichte der Bundesrepublik erinnert. Im November 1940 als Halbweise und jüngster unter fünf Geschwistern geboren, wuchs er zunächst im oberhessischen Lich nahe Gießen auf. Wie die von vielen anderen seiner Generation sind auch seine ältesten Kindheitserinnerungen mit den unmittelbaren Mangelserfahrungen nach dem Zweiten Weltkrieg verbunden. Eindrücklich beschreibt er, wie die Gießener Chirurgie kriegsbedingt in das Licher Schloss seiner Familie einquartiert wurde und der landwirtschaftliche Betrieb zur Selbstversorgung der vielen Witwen dienen musste, die als Vertriebene und Kriegsflüchtlinge eine Unterkunft suchten. Solms gibt immer wieder persönliche Einblicke in seine Jugend und beschreibt die großen Debatten der 1950er- und 1960er-Jahre aus seiner Sicht.

Der passionierte Motorradfahrer gründete, noch bevor er zu einem der profiliertesten Finanzpolitiker der FDP-Bundestagsfraktion wurde, in den 1970er-Jahren ein Start-up für Videospiele. Als Fraktionsvorsitzender, Schatzmeister und Finanzpolitiker erlebte er in den verschiedenen Funktionen seiner über 40-jährigen politischen Laufbahn alle Höhen und Tiefen der Freien Demokraten hautnah mit. Der Leser lernt viel über die Bonner und Berliner Republik und die Mechanismen der Macht.

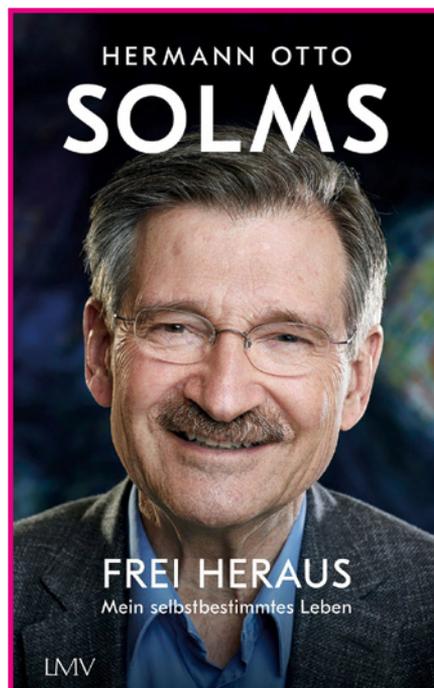
Solms ist ein Homo politicus, der ursprünglich nicht Berufspolitiker werden wollte und selbst als Abgeordneter anfangs „zweigleisig“ fuhr, um sich die eigene Unabhängigkeit zu bewahren.

Ein seltener Politikertypus, der sich selbst zurücknimmt, um sich als Berater, Mentor und Mittler im Dienst und zum Wohle der eigenen Partei auf den beschwerlicheren Weg begibt, die Antwort auf Streitfragen zwischen den Positionen im Kompromiss zu suchen.

Diese Eigenschaft macht das Buch so interessant. Es ermöglicht dem Leser, die Persönlichkeiten hinter Politikern wie Lambsdorff, Genscher, Mischnick oder auch Möllemann, Westerwelle und Lindner sowie Solms selbst kennenzulernen. Der Leser erfährt, wie persönliches Profilierungsstreben Einzelner und die fehlende Fähigkeit zu Vermittlung von Positionen der ganzen Partei schaden, gleichzeitig die Integration der verschiedenen Flügel und die Geschlossenheit einer Partei auch zu sensationellen Erfolgen wie bei der Bundestagswahl 2017 führen kann. Für Solms basiert erfolgreiche Politik vor allem auf Integrität und Loyalität.

Über den langen Zeitraum, den Solms aus eigener Anschauung darstellen kann, fallen immer wieder die Kontinuitäten in den Debatten und Auseinandersetzungen der Partei auf. Die innerparteilichen Diskussionen um Bürgerrechte, Steuern, die wirtschaftspolitische Ausrichtung oder die Rolle der Freien Demokraten als eigenständige Kraft im politischen System blicken auf weitreichende Pfadabhängigkeiten zurück und sind untrennbar mit den handelnden Akteuren verbunden.

Wer die Geschichte und gegenwärtigen Debatten der FDP verstehen will, sollte diese Biografie lesen.



© Langen Müller Verlag